

## **Politische Instabilität, Korruption und Konflikte könnten Klimaschutz entgegenwirken**



**\*\*\*Sperrfrist bis Montag, 28.10.2019, 17 Uhr\*\*\***

**Eine aktuelle Studie von WU Professor Jesus Crespo Cuaresma gemeinsam mit ForscherInnen des IIASA, der University of East Anglia und Climate Analytics zeigt, wie sich die politischen Bedingungen weltweit im 21. Jahrhundert entwickeln könnten. Vor allem im Zusammenhang mit dem Klimaschutz spielt die Entwicklung der nationalen Regierungen weltweit eine wesentliche Rolle: Sie entscheidet schließlich darüber, wie fähig und willens die Länder sind, sich an klimatische Veränderungen anzupassen und Klimaschutz-Maßnahmen zu ergreifen. Die Studie zeigt: Schlimmstenfalls könnten in 50 Jahren rund 30 Prozent der Weltbevölkerung in politisch instabilen Ländern leben – mit verheerenden Folgen: Korruption, Konflikten und einer weiterwachsenden Klimakrise.**

Auf Basis von fünf definierten Szenarien, den sogenannten Shared Socio-Economic Pathways (SSPs) versucht der Weltklimarat, die Herausforderungen der Zukunft zu identifizieren und die Konsequenzen globaler Entwicklungen auf den Klimawandel zu prognostizieren. Ausschlaggebende Faktoren der SSPs sind dabei u.a. die Bevölkerungsentwicklung (nach Alter, Geschlecht und Bildung) sowie die Entwicklung der Wirtschaft (BIP) und der Urbanisierung. Auch die politischen Bedingungen der Länder weltweit spielen eine entscheidende Rolle in diesen Szenarien, das zeigen nun WU Professor [Jesus Crespo Cuaresma](#) und seine KollegInnen in ihrer aktuellen Studie, die in *Nature Sustainability* publiziert wurde. Gemeinsam mit einem ForscherInnenteam aus Österreich, Großbritannien und Deutschland untersuchte Crespo Cuaresma entlang der SSPs erstmals, wie die politischen Entwicklungen des 21. Jahrhunderts aussehen könnten, um daraus abzuleiten, wie diese die Erreichung der Klimaziele beeinflussen. „Wir haben Evidenz, dass Länder mit instabilen, korrupten Regierungen mit wenig Rechtsstaatlichkeit weniger anpassungsfähig in punkto Klimawandel sind und damit auch weniger umweltschützende Maßnahmen ergreifen“, so der Wissenschaftler.

### **Bis 2050 könnte sich die politische Lage weltweit stabilisieren**

In der Studie wird deutlich, dass im besten Fall (SSP1) eine deutliche Stabilisierung der politischen Bedingungen weltweit, insbesondere in Entwicklungsländern wie Nigeria oder Somalia, erreicht werden könnte. „Politische Stabilität bedeutet: effizientere, qualitativere Regierungen, mehr Rechtsstaatlichkeit, weniger Korruption“, erklärt Crespo Cuaresma. Doch selbst, wenn sich die politischen Bedingungen eines Landes verbessern, der Prozess hin zu Umweltbewusstsein und Klimaschutz dauert. „Die Anpassungsfähigkeit ist von der institutionellen Qualität der Regierungen in den jeweiligen Ländern abhängig und wird global auch in den optimistischen Szenarien erst ab 2050 signifikant besser“. Gleichzeitig sind in den schlechtesten Szenarien (SSP3) die Prognosen für Regierungen in Entwicklungsländern besonders dramatisch. „Wenn keine wesentliche globale Verbesserung der institutionellen Qualität stattfindet, könnten bis zum Jahr 2050 rund 30 Prozent der Welt von instabilen politischen Verhältnissen, Korruption und Konflikten betroffen sein“, so Makroökonom Jesus Crespo Cuaresma. Auf hoch entwickelte Länder wie Deutschland oder Japan zeigt die Dynamik des projizierten Governance-Indikators wenig Einfluss.

### **Mehr politische Stabilität stärkt Klimaschutz**

Die hohe Relevanz von Governance bei der Entwicklung von Zukunftsszenarien zeigt auch, dass diese Dimension bei Berechnungen zur Erreichung der Klimaziele nicht fehlen sollte. „Unsere Ergebnisse unterstreichen die Bedeutung der Berücksichtigung von Governance bei der Bewertung von Klimaszenarien. Schwache Regierungsführung ist eines der Haupthindernisse für eine nachhaltige Entwicklung. Zweifellos bringt die Verbesserung der Governance eine breite Palette von

Vorteilen mit sich, darunter die Fähigkeit der Länder, auf drängende, globale Herausforderungen wie den Klimawandel zu reagieren“, so Crespo Cuaresma.

**Zur Studie** (verfügbar ab 28.10.2019, 17 Uhr)

**Pressekontakt:**

Mag. Anna Maria Schwendinger

PR-Referentin

Wirtschaftsuniversität Wien

Tel: + 43-1-31336-5478

E-Mail: [anna.schwendinger@wu.ac.at](mailto:anna.schwendinger@wu.ac.at)